

ADEL UND POLITIK IN DER HABSBURGERMONARCHIE UND IN IHREN NACHBARLÄNDERN IM 18. BIS 20. JAHRHUNDERT

Am 24. und 25. November 2005 veranstaltete die Forschungsgruppe „Adel in den böhmischen Ländern“ in Prag ihre dritte Tagung über den mitteleuropäischen Adel, die dieses Mal dem Schwerpunkt Politik galt. Eingeteilt war die von Luboš Velek organisierte Konferenz in vier thematische bzw. nach Epochen gegliederte Sektionen: Im ersten Block ging es um Adel und Politik in der späten Ständezeit (1740-1848), im zweiten um den „Hof“ als Zentrum der politischen Macht im 19. Jahrhundert, im Mittelpunkt der dritten Sektion stand das politische Denken des Adels im 18. und 19. Jahrhundert, das abschließende Panel befasste sich mit Adel und Politik im neoabsolutistischen und konstitutionellen Zeitalter. Aufgrund ihres sehr weiten geographischen Horizonts – in die Betrachtung waren neben verschiedenen Ländern der Habsburgermonarchie (von Tirol bis Galizien, von Ungarn bis Böhmen) auch das preußische Schlesien und Südwest-Deutschland einbezogen – bot die Konferenz die Möglichkeit, das Thema Adel und Politik raum- und epochenübergreifend zu diskutieren.

Unter dem Titel „Adel und Politik in der späten Ständezeit“ wurde u. a. nach der Selbstinszenierung und Interessenpolitik der adligen Grundbesitzer in den schlesischen Provinziallandtagen der Jahre 1825-1845 gefragt, nach den Unterschieden und Ähnlichkeiten zwischen dem schlesischen und dem neuen böhmischen Adel sowie nach der Haltung der adligen Kammermitglieder im „Dritten Deutschland“ zum

Liberalismus vor 1848. Dabei trat zu Tage, dass es dem schlesischen Adel im Rahmen der restaurativen Wende gelang, die Landtage zu dominieren und die bürgerlichen Gutsbesitzer, die nur wenige Landtagssitze hatten, politisch zu marginalisieren. Darüber hinaus war der schlesische Adel imstande, vor allem die großbürgerlichen Elemente gesellschaftlich zu integrieren bzw. teilweise zu assimilieren. In keiner anderen preußischen Provinz war die konservative Adelsopposition in der Ab Lösungsfrage seit 1807 so massiv aufgetreten wie in Schlesien (Roland Gehrke). Insgesamt gestaltete sich die politische Landschaft in Schlesien konservativer als in der Provinz Preußen, jedoch liberaler als in Brandenburg-Vorpommern.

Als ein sehr interessantes und in sich widersprüchliches Beispiel politischen Verhaltens des Adels wurde der Süden Deutschlands vorgestellt, wo der Adel nicht zwangsläufig konservativer Weltanschauung war. Die Brüche, die die napoleonische Herrschaft und die Beschlüsse des Wiener Kongresses im politisch zerstückelten Deutschland zur Folge hatten, bestimmten nämlich die politischen Einstellungen wie auch das Handeln der Adeligen weitgehend: Die Opposition der Standesherrn bzw. der ritterlichen Gutsbesitzer gegen die Fürsten und Könige der Großherzogtümer Baden und Hessen sowie der Königreiche Württemberg und Sachsen führte beispielsweise zur Ausbildung verschiedener Typen eher liberal denkender adeliger Kammermitglieder des Vormärz. Dabei reichte das Spektrum vom ultrakonservativen Rittergutsbesitzer bis zum liberalen und demokratischen Standesherrn oder Mitglied des niederen Adels, das oft in bildungsbürgerlichen Kreisen verkehrte (Josef Matzerath). In der folgenden Diskussion wurde aber angemerkt, dass politische Richtungen dieser Art in Österreich in der Zeit des Vormärz nicht akzeptiert wurden.

Der anschließende Kommentar von Lothar Höbelt verwies auf die Beziehung zwischen den neuen Regierungen der deutschen Mittelstaaten, denen es noch an Legitimität fehlte, und den großen dynastischen Staaten wie beispielsweise Österreich. William D. Godsey ging dann der Frage nach, welche Faktoren für den Begriff „Adel“ in Österreich, wo dieser staatsrechtlich anerkannt war, bestimmend waren, wobei er sich auf die Zeit vor 1848 konzentrierte, als das landtäfliche Recht in Kraft war. Im Niederösterreich des frühen 19. Jahrhunderts, führte Godsey aus, lasse sich eine besonders interessante Entwicklung der regionalen Adelspolitik beobachten, die spätere Phänomene wie die Adelsautonomie aber auch Nationalismus und Antisemitismus in mancher Hinsicht vorweggenommen habe.

Versuchen von Seiten des Adels, eine autonome Politik durchzusetzen, wurde auch am Beispiel Galiziens – eines neuen Landes an der Peripherie des Habsburgerreiches – nachgegangen. Gerade in der kritischen Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die von der Französischen Revolution und der Teilung Polens bestimmt war, meldete der Adel seine Ansprüche auf soziale Exklusivität und Abgrenzung vor allem gegenüber dem niederen Adel an. Er reklamierte für sich das Recht, die polnische Nation zu vertreten und aktiven Einfluss auf die Politik nehmen zu können. All diese Bestrebungen mündeten in dem ehrgeizigen politischen Programm der adelig geprägten galizischen Stände, die sich gegenüber der Wiener Regierung unter Leopold II. abgrenzen wollten (Miloš Řezník).

In Ungarn, das in diesem Zusammenhang einen Sonderfall darstellt, wurden die Voraussetzungen für die führende politische Rolle des Adels, die bis ins frühe 20. Jahrhundert anhielt, bereits Anfang des 18. Jahrhunderts geschaffen: Der Adel nutzte den Rückzug der Türken aus Süd-West-Ungarn und trug durch seine Vertretung – den von ihm abhängigen regional wirkenden Landadel – zur Effektivität des nationalen Parlaments in Ungarn und schließlich zur Herausbildung eines geschlossenen politischen Raums innerhalb der Habsburgermonarchie bei (József Glósz, István Szijarto).

Auf der Konferenz wurde vereinzelt auch der neue Adel, also die Adeligen, die erst im 19. Jahrhundert einen Adelstitel erwarben, thematisiert. So formulierte Rudolf Kučera aus sozialgeschichtlicher Perspektive vorläufige Thesen und Fragen wie z. B., ob die neuen Adeligen den Typus des „Musterbürgers“ verkörperten, oder wie sie sich zwischen den Polen sozialer Geschlossenheit und Offenheit bewegten.

Der „Hof“ als Zentrum der politischen Macht im 18. und 19. Jahrhundert bildete den Gegenstand der zweiten Sektion, die thematisch enger angelegt war. An den Beitrag von Karin Schneider zur Hofgesellschaft des Vormärz knüpfte das Referat von Martina Winkelhofer über die politische Bedeutung des Wiener Hofes während der 68-jährigen Regierungszeit Kaiser Franz Josefs an. Winkelhofer relativierte den Einfluss des Hofes, wertete jedoch die Auswahl der obersten Hofbeamten als Indiz für die politische Umsicht des Kaisers. Bis zur Gründung der Mittelpartei im Jahre 1881 wurden nämlich keine böhmischen feudalkonservativen, sondern ausschließlich verfassungstreue Adelige (ab 1881 nur Mitglieder der Mittelpartei) an den Hof berufen. Dabei stellten solche Positionen am Hof aber eher das Prestige und die Versorgung zweitgeborener Söhne als wirkliche politische Macht sicher.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Denken des Adels im 18. und 19. Jahrhundert war das Thema der dritten Tagungssektion. Dabei ging es um die Analyse der Ideen des Konservatismus sowie um die Frage, wie sich dieser zur sozioökonomischen Stellung der Adeligen und zur übrigen ideologischen Landschaft des 19. Jahrhunderts verhielt. Als These wurde formuliert, dass nicht alle Adeligen Anhänger des Konservatismus waren. Der Industrielle Georg von Buquoy beispielsweise, bekannt zudem als Forscher und politischer Schriftsteller des Vormärz, war Mitglied der progressiv-liberalen Böhmischen Partei. Er steht stellvertretend für die Auseinandersetzung vieler Adelliger mit modernen, eher dem Bürgertum zuzuordnenden politischen Theorien (Margarete Buquoy). Die Stellung der Aristokratie in der sich wandelnden Gesellschaft des 19. Jahrhunderts bildete übrigens auch den Gegenstand der Korrespondenz zwischen den Hochadeligen Leo Thun, Joseph Eotvös und dem führenden französischen adligen Politologen und Soziologen Alexis de Tocqueville, über die Doubravka Olsaková referierte.

Doch blieb der größte Teil des altösterreichischen, vor allem aber des böhmischen Adels konservativem Gedankengut treu. Jiří Georgiev äußerte sogar die These, dass der Konservatismus in Böhmen viel ausgeprägter gewesen sei als in anderen Ländern, da hier der Hochadel eine in sich geschlossene Gruppe mit ausgedehntem, kompaktem Grundbesitz gewesen sei. Zugleich wies Georgiev aber auf die Symbiose zwischen politischer Romantik, pragmatischer Interessenvertretung und Wirt-

schaftsliberalismus hin. Der Begriff „Konservatismus“ sei nicht gleichbedeutend mit dem Bestreben, alles zu erhalten, schließlich zeigten die böhmischen Konservativen 1848 durchaus die Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen. Dabei seien sie aber mehr von Tradition und Erfahrung als von einer festen theoretischen Grundlage geleitet worden.

Auch in der Sektion „politisches Denken“ wurde in Länder vergleichender Perspektive diskutiert. Das lag insofern besonders nahe, als die Werke der führenden preußischen Theoretiker des Konservatismus bis in die 1860er Jahre über die Grenzen des Landes hinauswirkten und so auch die Entwicklung der konservativen Ideologie in der Habsburgermonarchie prägten. Vojtěch Belling zeigte aber, dass dieser Einfluss wegen der herrschenden Konfessionsunterschiede und politischen Konstellationen in den beiden größten Staaten des deutschsprachigen Raums nicht lange vorhalten konnte.

In Böhmen verfügte das adlig bestimmte konservative Lager durchaus über vielfältige politische Ideen. Diese hatten jedoch infolge der Demokratisierung, die 1906 auch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts brachte, keine Chancen auf Durchsetzung. So kam es, wie Milan Hlavačka darlegte, dazu, dass der böhmische Hochadel nicht als politische, sondern allein als wirtschaftliche Elite hervortrat.

Diese Thesen über die sukzessive politische Entmachtung des böhmischen Adels seit dem Ende der 1890er Jahre riefen eine lebendige Diskussion darüber hervor, welche politischen Chancen der Adel in Österreich insgesamt hatte. Dabei wurde auf die divergierenden Entwicklungen in Österreich und den böhmischen Ländern verwiesen: Während die Christlich-Sozialen in Wien und in den Alpenländern einen dynamischen Aufstieg erlebten, und das konservative Lager, das nun weniger stark vom Adel bestimmt war, gestärkt wurde, waren die Christlich-Sozialen in Böhmen zersplittert und die Konservativen ohne geeignete Verbündete. So blieb dem böhmischen Adel mit den Landtagen eine andere Ebene vorbehalten, Politik zu treiben.

Die vierte und letzte Tagungssektion galt dem Thema „Adel und Politik im neoabsolutistischen und konstitutionellen Zeitalter“. Hier ergänzten sich die Beiträge von Höbelt, der einen weitgespannten Vergleich der politischen Position und Vertretung der Großgrundbesitzer in den einzelnen Ländern Cisleithaniens unternahm, und Velek, der einen detailreichen Vortrag über die politischen Parteien des Großgrundbesitzes in den böhmischen Ländern hielt, ideal. Höbelt gelangte zu der These, dass – jenseits der variierenden Formen politischer Vertretung des Großgrundbesitzes und deren unterschiedlicher ökonomischer Position – in der Zeit zwischen 1861 und 1918 ähnliche Muster herrschten: So habe der altösterreichische Adel zwar überwiegend konservativ gedacht, das habe sich aber nicht in Parteizugehörigkeit ausgedrückt. Solange der Adel seine Interessen gesichert sah, hätten sich die Adeligen für verschiedene (ideologisch einander allerdings nahe stehende) politische Gruppierungen entschieden, und sich in diesen sogar als Politiker profiliert. Viele Vertreter des böhmischen Hochadels verstanden das Engagement im böhmischen Landtag als Prestige-Angelegenheit, als eine Art ständische Fortsetzung des Geschlechts, führte Velek aus. Die moderne parlamentarische Arbeit hätten sie indessen als zu aufwändig empfunden. Da Entscheidungen oft bereits im Vorfeld – z. B.

in den Wahlkommissionen – vorweggenommen worden seien, seien die Diskussionen im böhmischen Landtag nur begrenzt aussagefähig.

In der Schlussdiskussion wurden die Ergebnisse der Tagung noch einmal zusammengefasst: Als wichtigste These lässt sich der Befund festhalten, dass man nicht pauschal von einem politischen Niedergang des Adels während der letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie sprechen kann. Peter Urbanitsch wies in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Ebenen der Politik hin, die es notwendig machen, zwischen „großer“, regionaler und lokaler Politik zu unterscheiden.

Kontrovers diskutiert wurden die entscheidenden Faktoren für die Konstitution und den Bestand des Adels: Während Matzerath ausgehend vom Beispiel Sachsen und Südwest-Deutschland im frühen 19. Jahrhundert von einer primär über Kultur konstruierten Formation sprach, machte Godsey sich für eine Sichtweise stark, die sich auf institutionelle und ökonomische Bedingungen konzentriert. Er charakterisierte den Adel – vor allem aber den Hochadel im Habsburgerreich bis 1918 – als distinktive soziopolitische Kategorie und plädierte dafür, politisches Handeln stets im Kontext der sozialen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten zu sehen.

Immer wieder betont wurde, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung des Adels in der Habsburgermonarchie ist. Nach wie vor gibt es große Forschungslücken, die sich auch im Programm der Tagung niederschlugen: So fehlte es etwa an Beiträgen über Themen wie Adelige als Inhaber von Ämtern in der Zentral-, Regional- und Lokalverwaltung. Bezeichnend waren auch die regionalen Disparitäten: Mehrere Kronländer Cisleithaniens waren nicht vertreten, auch gab es kein Referat über die ungarischen Verhältnisse im 19. Jahrhundert, und schließlich blieben verschiedene Landtage völlig unbeachtet. Es steht aber außer Zweifel, dass die Prager Konferenz wichtige Impulse für die künftige Adelforschung gegeben hat – nicht zuletzt dadurch, dass hier anhand des Themas „Adel und Politik“ innovative Zugänge zu relativ gut erforschten Themenbereichen und Ergebnisse von Forschungen zu bisher wenig beachteten Fragen zusammengeführt wurden.